

**Vorlage  
für die Sitzung des Senats  
am 08. Dezember 2009**

**Konjunkturprogramm 2009 / 2010**

Zwischenstand November 2009

**A. Problem**

Das bremische Konjunkturprogramm II auf Basis des Zukunftsinvestitionsgesetzes wurde – nach vorheriger Genehmigung der Maßnahmenstruktur im Haushalts- und Finanzausschuss – im Rahmen der zweiten Lesung des hierfür erforderlichen Nachtragshaushaltes am 18./19. März 2009 von der bremischen Bürgerschaft beschlossen. Seither sind die Beteiligten am Umsetzungsprozess des auf kurzfristige Umsatz-, Beschäftigungs- und Einkommensimpulse ausgerichteten Programms darum bemüht, eine zügige Realisierung der geplanten Einzelmaßnahmen vorzubereiten und sicher zu stellen.

Über die Zwischenstände der Programm-Abwicklung ist dabei sowohl aufgrund der begrenzten Laufzeit des Konjunkturprogramms als auch aufgrund des besonderen Interesses an seiner erfolgreichen Umsetzung und zeitnahen Wirksamkeit auf regionaler und Bundesebene in relativ enger Folge zu berichten. Der Senat hatte daher in seiner Sitzung am 17. März 2009 die Senatorin für Finanzen gebeten, dem Senat „Einzelberichte zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Bremen (einschließlich Vorschläge zur ggf. notwendigen Veränderung der Maßnahmenstruktur) beginnend Ende August 2009 und endend Ende Februar 2011 jeweils mit den Berechnungsständen Ende Februar, Mai, August und November vorzulegen.“

Nach dem Zwischenbericht vor Quartalsfrist (Berechnungsstand: 24. August 2009) informiert die Senatorin für Finanzen dementsprechend nachfolgend erneut über den Realisierungsstand des Konjunkturprogramms II in Bremen (Berechnungsstand: 25. November 2009). Die Berichterstattung berücksichtigt die zwischenzeitlich gefassten Beschlüsse zur Anpassung der Maßnahmenstruktur des Programms und dokumentiert zugleich den aktuellen Stand des Meldeverfahrens laufender Maßnahmen gegenüber dem Bundesfinanzministerium.

## B. Lösung

Die aktuellen Zwischenstände der Umsetzung von Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz in Bremen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

### 1. Umsetzungsstand des Konjunkturprogramms (Stichtag: 25. November 2009)

Im Rahmen der letzten Quartalsberichterstattung war aufgrund der zeitlichen Verteilung der angemeldeten Mittelbedarfe der Bereiche bereits absehbar, dass nach der einleitenden Genehmigungs- und Planungsphase des Konjunkturprogramms und der sich zunächst verzögernd auswirkenden Änderungen der grundgesetzlichen Rahmensetzungen (Artikel 104 b) schon im weiteren Jahresverlauf eine deutlich **zunehmende Dynamik in der Umsetzung** der Einzelmaßnahmen des Programms zu verzeichnen sein würde. Diese zu erwartende und für die termingerechte Realisierung bis Jahresende 2010 erforderliche Beschleunigung der Programmabwicklung hat begonnen und führt in der Darstellung des Umsetzungsstandes zu einem inzwischen deutlich veränderten Gesamtbild: Erste Maßnahmen sind bereits abgeschlossen, der Anteil begonnener Maßnahmen ist sprunghaft gestiegen und nur noch für eine geringe Anzahl von Einzelmaßnahmen liegen die Voraussetzungen für die abschließende Mittelfreigabe derzeit noch nicht vor.

Eine **nach Einzelmaßnahmen** differenzierte Übersicht des aktuellen Realisierungsstandes ist dieser Vorlage als **Anlage 1** beigefügt. Zusammenfassend ergibt sich demnach folgendes Bild:

- o Maßnahmen mit einem (geplanten) Gesamtvolumen von knapp **1,3 Mio. €** konnten bis zum aktuellen Stichtag bereits **abgeschlossen** werden. In der **Stadt Bremen** zählen zu den beendeten Vorhaben dabei
  - 23 kleinere Einzelmaßnahmen in Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur (Sanierungen, Küchenerweiterungen, Beschaffungen etc.) sowie
  - energetische Sanierungsmaßnahmen im Klinikum Bremen-Nord.In **Bremerhaven** wurden
  - die Beschaffung von Schulservern und eines Feuerwehrfahrzeuges,
  - die Maschinen- und Geräteausstattung zur Grünpflege sowie
  - Sanierungsmaßnahmen im Stadtpark Lehe abgeschlossen.
  
- o Bei Einzelmaßnahmen des Konjunkturprogramms mit einem vorgesehenen Mittelbedarf von rd. **62,1 Mio. €** ist zwischenzeitlich der **Baubeginn** bzw. die **Bestellung** erfolgt. In beiden bremischen Städten betreffen die in dieser Realisierungsphase befindlichen Vorhaben praktisch alle bestehenden Förderbereiche des Programms. Zu den in der **Stadt Bremen** begonnenen Projekten (38,3 Mio. €) zählen dementsprechend
  - diverse Maßnahmen im Bereich der frühkindlichen Infrastruktur (0,9 Mio. €) und der Schulinfrastruktur (6,4 Mio. €) sowie

- neben weiteren Vorhaben aus den Förderbereichen Informationstechnologie, kommunale Straßen (Lärmschutz), Krankenhäuser und sonstige Infrastrukturen (insbesondere Sportanlagen)
- vor allem auch die mit einem Mittelbedarf von jeweils über 1 Mio. € geplanten Einzelmaßnahmen der
  - energetischen Sanierung und Apparateausstattung im Institut für Werkstofftechnik,
  - Gebäudesanierungen im Bereich der Universität,
  - PC-Beschaffung,
  - Um- und Neubauten im „Rotes Kreuz Krankenhaus“,
  - Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen,
  - Sanierung des Freibades Blumenthal und
  - Leit- und Sicherheitstechnik der Hafenbahn.

Auch in **Bremerhaven** (23,8 Mio. €) zählt eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in Kindertagesstätten (0,4 Mio. €), der U3-Versorgung (0,8 Mio. €) und vor allem der Schulsanierung (11,8 Mio. €) zu den bereits begonnenen Projekten des Konjunkturprogramms. Parallel laufen aktuell in der Seestadt

- die PC-Ersatzbeschaffungen in Schulen,
- (überwiegend) energetische Sanierungsmaßnahmen im Alfred-Wegener Institut, in der Hochschule Bremerhaven, in der Jungfischerschule und am Stadthaus 6,
- die Errichtung von Stromversorgungs- und Leitungssystemen im Fischereihafen (Masterplan) sowie
- Sanierungen auf vier Kinderspielplätzen und an verschiedenen Sportstätten.

- o Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rd. **32,9 Mio. €** sind aufgrund erfolgter **Ausschreibungen**, erteilter **Zuwendungsbescheide** und/oder eingeholter **Angebote** ebenfalls bereits den (im Anfangsstadium) laufenden Vorhaben des Konjunkturprogramms zuzurechnen. Vor allem Sanierungs-, Erneuerungs- und Erweiterungsmaßnahmen in Einrichtungen der frühkindlichen und schulischen Bildung sowie in Krankenhäusern, aber auch Einzelmaßnahmen wie
  - das Projekt E-Rechnung (E-Government),
  - das IT-Vorhaben „Vorgangssachbearbeitung“ bei der Polizei,
  - der Erwerb eines kombinierten Einsatzbootes für Polizei und Feuerwehr sowie
  - die energetische Sanierung des Hallenbades Osterdeichbefinden sich stichtagsbezogen in der **Stadt Bremen** auf dieser Realisierungsstufe (Mittelvolumen: 27,1 Mio. €).

In **Bremerhaven** steht der eigentliche Baubeginn aktuell bei Sanierungsmaßnahmen in fünf Kindertagesstätten, in der Forschungsanlage marine Aquakultur und im Klinikum Reinkenheide sowie beim Brunnenbau im geplanten Fischereiforschungsinstitut an (Mittelvolumen: 5,8 Mio. €).

- o **Freigegeben**, jedoch noch nicht begonnen wurden bis zum 25. November 2009 Maßnahmen mit einem geplanten Ausgabevolumen von zusammen knapp **9,1 Mio. €** darunter insbesondere der Umbau des BITZ (2,7 Mio. €) in der Stadt

Bremen sowie Qualifizierungs- und Weiterbildungsinfrastrukturen im Bereich Windenergie (4,0 Mio. €) in Bremerhaven.

Darüber hinaus ist für Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rd. **4,4 Mio. €** eine **Freigabe von Planungsmitteln** erfolgt. Hierzu zählen die Breitbandverkabelung der Schulen, die energetische Sanierung der Grundschulen Osterholz und Weidedamm sowie die Fenstersanierung im Polizeirevier Vahr.

- o Vorhaben des Konjunkturprogramms im Gesamtumfang von rd. **8,1 Mio. €** erfordern noch eine abschließende Beantragung bzw. Mittelfreigabe. Neben Reserveposten für eventuelle Mehrbedarfe einzelner Sanierungsprojekte sind in der Kategorie der **noch zu genehmigenden Maßnahmen** insbesondere
  - Maßnahmen der Fenstersanierung in verschiedenen Schulen und der Küchenerneuerung in Kindertagesheimen, die erst mit aktuellem Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses als Austauschmaßnahmen in das Programm aufgenommen wurden (3 Mio. €),
  - die im Zuge dieser Strukturanpassungen mit beschlossenen und mit entsprechender Freigabe umzusetzenden Maßnahmenverschiebungen im KTH-Bereich (0,7 Mio. €),
  - die übrigen KTH-Baumaßnahmen (1 Mio. €), deren Freigabe die Genehmigung des Haushalts- und Finanzausschusses voraussetzt, sowie
  - Mittel für ein botanisches Umweltbildungszentrum („botanika“; 1,5 Mio. €) zugeordnet.

**Zusammenfassend** ergibt sich für das Konjunkturprogramm zum Stichtag 25. November 2009 der in nachfolgender **Tabelle** dokumentierte Realisierungsstand:

**Umsetzungsstand des Konjunkturprogramms II**

25.11.2009

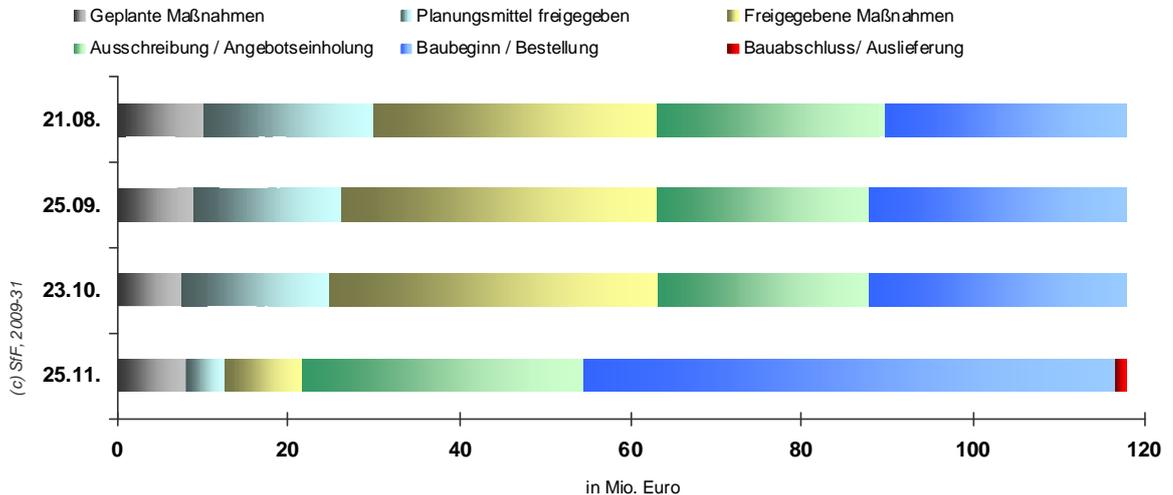
	Mio. €	%
<b>Bauabschluss / Auslieferung</b>	1,3	1,1
<b>Baubeginn / Bestellung</b>	62,1	52,6
<b>Ausschreibungen / Angebotseinholung</b>	32,9	27,9
<b>Mittelfreigabe</b>	9,1	7,7
<b>Freigabe Planungsmittel</b>	4,5	3,8
<b>noch frei zu geben</b>	8,1	6,9
<b>Insgesamt</b>	<b>117,9</b>	<b>100,0</b>

Erkennbar ist, dass zwischenzeitlich knapp **82 %** der Konjunkturprogramm-Mittel in Bremen und Bremerhaven auf Maßnahmen entfallen, die **begonnen** oder sogar bereits **beendet** wurden. Die nachfolgende **Grafik** der Realisierungsstände im Zeitablauf zeigt, dass die erwartete und angekündigte **Beschleunigung der Programmumsetzung** da-

mit stattgefunden hat. Allein im letzten Monat der Dokumentation stieg der Mittelanteil laufender Vorhaben am Gesamtvolumen des Programms um rd. 36 %-Punkte.

### Realisierungsstand der Einzelmaßnahmen des KPII in Bremen und Bremerhaven

(in Mio. Euro; Stand: 25.11.2009)



## 2. Regionale Auftragsverteilung

Eine wesentliche, die angestrebten Wirkungen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene inhaltlich ergänzende Zielsetzung der Umsetzung des Konjunkturprogramms in Bremen ist es, mit der Auftragsvergabe der Einzelmaßnahmen sicher zu stellen, dass die **Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarkimpulse** des Programms soweit wie möglich unmittelbar **in der Region** wirksam werden. Zwar ist zu berücksichtigen, dass die haushaltsrechtlich vorgeschriebenen Ausschreibungs- und Vergabeverfahren hier zum Teil nur deutlich eingeschränkte Steuerungsmöglichkeiten eröffnen, obwohl der Senat mit seinem Beschluss vom 21. Juli 2009 zur Aussetzung des Präqualifizierungserlasses hier unterstützend eingegriffen hat. Dennoch zeigt die Zwischenbilanz der Auftragsvergabe im bremischen Konjunkturprogramm, dass die angestrebte besondere regionalwirtschaftliche Wirksamkeit der beauftragten Maßnahmen in der Umsetzung bisher eindeutig nachzuweisen ist.

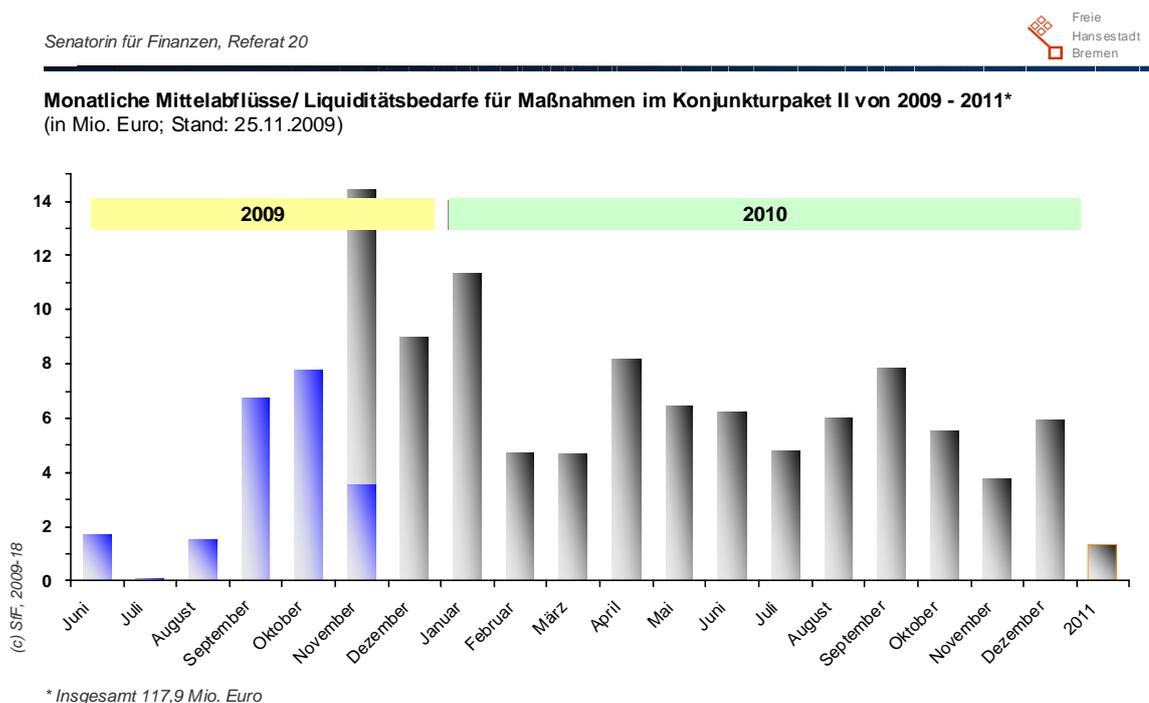
Für insgesamt **80 der laufenden Maßnahmen** mit einem **Mittelvolumen** von rd. **62,6 Mio. €** (rd. 53 % des Gesamtprogramms) konnte bis Ende November 2009 eine Zuordnung der Auftragsvergabe nach dem Firmensitz des Hauptauftragnehmers vorgenommen werden. Die Differenzierung nach regionaler Verteilung ergibt dabei folgendes Bild:

- **61 % dieser Aufträge** bzw. **50 %** der hierfür vorgesehenen **Mittel** werden danach innerhalb der **Städte Bremen und Bremerhaven** ausgabenwirksam. Die (überwiegend) mit Auftragnehmern innerhalb der Stadtgrenzen begonnenen Vorhaben betref-

fen dabei im Wesentlichen Sanierungsmaßnahmen im Universitäts- und Hochschulbereich, an Schulgebäuden und Kindertagesheimen sowie in Kliniken und auf Sportanlagen.

- Weitere **21 %** der Aufträge bzw. gut **27 %** der Mittel wirken sich im **Umland** beider Städte aus. Schwerpunkte dieser ebenfalls in der Region erfolgten Auftragsvergaben bilden Einzelmaßnahmen in Schulen, Kindertagesheimen und auf Spielplätzen.
- In etwa **18 %** aller bisher erfassten Fälle (Mittelanteil: **22 %**) betreffen Ausgaben überwiegend Adressaten im **übrigen Bundesgebiet**. Neben wenigen Sanierungsmaßnahmen sind diesen Aufträgen vor allem Vorhaben zuzuordnen, für die in der Region keine bzw. im Hinblick auf die konkreten Anforderungen nicht ausreichende Angebote berücksichtigt werden konnten (z. B. IT-Lösungen, Leit- und Sicherungstechnik, naturwissenschaftliche Sammlungen).

### 3. Mittelbedarf



Mit dem inzwischen beschleunigten Einstieg in die konkrete Durchführung der Einzelmaßnahmen besteht für die mit der Abwicklung der Vorhaben beauftragten Stellen die Möglichkeit, die Einschätzungen zu den voraussichtlichen Mittelabflüssen zu konkretisieren bzw. anzupassen. Aus der vorstehenden **Grafik** ist der Stand der dementsprechend aktuell **absehbaren Mittelbedarfe** im Konjunkturprogramm nach zeitlicher Verteilung ablesbar. Gegenüber den bisherigen Annahmen (Stand August 2009) ist demnach zwar eine leichte Verschiebung der angemeldeten Liquiditätsbedarfe in das Haushaltsjahr 2010 zu verzeichnen. Dennoch sehen die Planungen der Bereiche noch immer eine Verausgabung von rd. **35 %** der Konjunkturprogramm-Mittel **bis zum Jahresende 2009** vor. Ei-

ne Gefährdung für die termingerechte Abwicklung der Zahlungen insgesamt ist angesichts dieser voraussichtlichen Zwischenbilanz und der für 2010 geplanten zeitlichen Streuung nicht feststellbar.

#### 4. Mittelabforderung

Aktuell (Stichtag: 25. November 2009) wurden knapp **21,4 Mio. €** der Anschläge des Konjunkturprogramms von den bewirtschaftenden Ressorts abgerufen und an Auftragnehmer entsprechender (teil-)abgeschlossener Baumaßnahmen bzw. erfolgter Bestellungen ausgezahlt. Zu den betragsmäßig bedeutenderen Mittelverausgabungen gehören dabei bisher Zahlungen für

- diverse Schulsanierungsmaßnahmen in der Stadt Bremen (5,2 Mio. €) und in Bremerhaven (3,3 Mio. €),
- energetische Sanierungen im Hochschul- und Forschungsbereich (1,4 Mio. €),
- Stromversorgungs- und Leitungssysteme im Fischereihafen (Masterplan; 2,8 Mio. €) und
- weitere Einzelvorhaben der sonstigen Infrastruktur (Anleger, Feuerwehr, Sportanlagen, Hafensanierung; 4,0 Mio. €).

Die Senatorin für Finanzen ruft den **Bundesanteil** an den verausgabten Konjunkturprogramm-Mitteln (75 %) von den entsprechenden Konten des Bundesfinanzministeriums kontinuierlich ab. Zwar werden systematische Vergleiche zum Stand der Mittelanspruchnahme in den einzelnen Bundesländern nicht angestellt oder gar veröffentlicht. Aus einzelnen bekannten Zwischenständen ist allerdings ableitbar, dass sich Bremen mit der seiner aktuellen Verausgabungsquote von Mitteln des Konjunkturprogramms (rd. 18 %) in der Spitzengruppe der Länder bewegen dürfte.

#### 5. Meldungen an den Bund

Termingerecht wurden von der Senatorin für Finanzen per Stichtag **15. November 2009** dem Bundesfinanzministerium - per Datentransfer in die hierfür eingerichtete zentrale Datenbank - die zum entsprechenden Zeitpunkt **in der Realisierungsphase befindlichen** bremischen **Maßnahmen** des Konjunkturprogramms II **gemeldet**. Als laufende Maßnahmen wurden dabei diejenigen Vorhaben eingestuft, für die zumindest Ausschreibungen erfolgt sind bzw. Zuwendungsbescheide erteilt wurden (vgl. Umsetzungsstand). Das Mittelvolumen der gemeldeten Maßnahmen entsprach dementsprechend **rd. 93,8 Mio. € (80 % aller Mittel)**.

Aktuell entwickelt der Bund die Datenschnittstelle zum Datentransfer der **Verwendungsnachweise** für abgeschlossene Projekte bzw. Maßnahmen. Die Senatorin für Finanzen beabsichtigt **Anfang 2010** sukzessive – und in enger Abstimmung mit den betroffenen Ressorts - mit dem Datentransfer der Verwendungsnachweise zu beginnen.

## 6. Maßnahmenstruktur

Der Senat hat am 02. Juni 2009 beschlossen, unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich vom Bundesfinanzministerium vorgenommenen Konkretisierungen zur Förderfähigkeit einzelner Maßnahmen(bereiche) Vorhaben des kommunalen Straßenbaus (außer Lärmschutzmaßnahmen) sowie Brücken und (an Straßen liegende) Radwege nicht aus dem Konjunkturprogramm II zu finanzieren und die entsprechenden Einzelvorhaben gegen förderfähige neue bzw. zusätzliche Projekte (PC-Beschaffung; Feuerwehrfahrzeuge; Sportanlage Stadtwerder; Verwaltungsgebäude) auszutauschen. Die Haushalts- und Finanzausschüsse haben diesen Veränderungen der Maßnahmenstruktur des Konjunkturprogramms in ihrer Sitzung am 12. Juni 2009 zugestimmt.

Im Rahmen der Programm-Abwicklung hat es sich darüber hinaus als notwendig erwiesen, im Hinblick auf die erforderliche zeitgerechte Abwicklung der Maßnahmen – mit entsprechendem Ausgleich in den Haushaltsanschlüssen – im Förderbereich „Bildungsinfrastruktur“ des Konjunkturprogramms 3 Mio. € statt für Ausbaumaßnahmen in der Tagesbetreuung und der U3-Versorgung für die Fenstersanierung an diversen Schulen sowie die Erneuerung von Küchen in diversen Kindertagesheimen vorzusehen. Der Senat (17. November 2009) sowie der Haushalts- und Finanzausschuss im Rahmen seiner Haushaltsberatungen 2010/2011 (25./26. November 2009) haben diesem Maßnahmen-austausch zwischenzeitlich zugestimmt.

Der sich daraus aktuell ergebende Planungsstand für die Umsetzung des Zukunftsinvestitionsprogramms in Bremen ist dieser Vorlage in **Anlage 2** beigefügt.

Da die Finanzierung von Investitionsmaßnahmen aus dem Konjunkturprogramm die Zusätzlichkeit der Maßnahmen voraussetzt und dementsprechend – gemäß § 4 der hierzu beschlossenen Verwaltungsvereinbarung – keine Investitionsvorhaben betreffen darf, deren „Gesamtfinanzierung bereits durch einen beschlossenen und in Kraft getretenen Haushaltsplan gesichert ist“, können nach abschließender Beschlussfassung zum Doppelhaushalt 2010/2011 die in diesem Rahmen festgelegten Einzelmaßnahmen nicht mehr für Austausch mit Vorhaben des Konjunkturprogramms genutzt werden. Eventuell erforderliche wesentliche Veränderungen innerhalb der beschlossenen Maßnahmenstrukturen des Programms (vgl. Anlage 2) sind von den verantwortlichen Bereichen mitzuteilen und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen. Mehrbedarfe, die sich aus der Abwicklung des Konjunkturprogramms ergeben, sind grundsätzlich innerhalb des jeweiligen Ressortbudgets aufzufangen.

## C. Alternativen

-----

#### **D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung**

Die Mittelbedarfsmeldungen der Bereiche und Bremerhavens lassen erwarten, dass 35 % der Mittel des Konjunkturprogramms in Bremen bis zum Jahresende 2009 verausgabt werden können und eine Abwicklung des Gesamtprogramms im vorgegebenen Zeitraum derzeit gesichert ist.

83 % der bisher nach Hauptauftragnehmern erfassten Maßnahmen des Konjunkturprogramms und rd. 78 % der hierfür vorgesehenen Mittel werden in den bremischen Städten und ihrem Umland ausgabenwirksam.

Unmittelbare geschlechterspezifische Aspekte werden mit dieser Vorlage nicht berührt.

#### **E. Beteiligung und Abstimmung**

Der Zwischenstand des Konjunkturprogramms basiert auf maßnahmen-bezogenen Meldungen der für die Umsetzung verantwortlichen Stellen in Bremen und Bremerhaven. Die Vorlage wurde mit der Senatskanzlei und der Magistratskanzlei der Stadt Bremerhaven abgestimmt.

#### **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Die aktuellen Darstellungen zur Umsetzung des Konjunkturprogramms sind nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet.

#### **G. Beschlussvorschlag**

Der Senat nimmt den aktuellen Umsetzungsstand des Konjunkturprogramms 2009/2010 in Bremen und Bremerhaven (Stichtag: 25. November 2009) zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, den Haushalts- und Finanzausschusses entsprechend zu informieren.